

Verteidiger der Ordnung

Zwei neue Bücher beschreiben den Konservatismus als schwach und erschöpft. Kollaps und Abdriften nach ganz rechts scheinen nicht ausgeschlossen. **Von Helge Meves**

Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, dass sich alles verändert.« Giuseppe Tomasi di Lampedusa Bonmot über konservative Haltung und konservatives Handeln kommt genauso leicht daher, wie darin eine Herausforderung für jedes Reden über den Konservatismus aufblitzt. Zwei neuere Monographien von Corey Robin und Thomas Biebricher stellen sich ihr und sind dabei paradigmatisch für linke Konservatismuskritiken.

Für beide Autoren ist der Konservatismus historisch entstanden als Reaktion auf Selbstbefreiungsversuche der Unterdrückten in den großen Revolutionen der Neuzeit. Konservative verteidigen die eigenen Machtpositionen in einer als natürlich – von einigen als gottgegeben – verstandenen Ordnung. Sie sind der Überzeugung, dass in einer in sämtlichen Bereichen emanzipierten Welt nicht mehr der Bessere über den Schlechteren herrscht und mit der Einbettung dieser natürlichen Unterschiede die sozialen Unterschiede verschwinden, die durch die Macht der Besseren erst entstehen und jedem seinen Platz in der Ordnung zuweisen.



Einer war noch optimistisch: CSU-Anhänger beim »politischen Aschermittwoch« in Passau am 14.2.2018

Rechts gegen links

Robin ist politisch stark, wo er die Linke gegen die Kritik der Konservativen verteidigt und daran erinnert, dass es ihr nicht um die Einschränkung der Freiheit um der Gleichheit willen, sondern um die Ausweitung der Freiheit für wenige auf eine Freiheit für alle geht. Der Linken gegenüber stehen für ihn alle, die diese emanzipatorischen Bewegungen bekämpfen, Reformen und Revolutionen aufhalten oder zurückdrehen wollen: »Die Wörter konservativ, reaktionär und konterrevolutionär benutze ich synonym. Zwar sind Konterrevolutionäre nicht notwendig konservativ, doch alle Konservativen sind in der einen oder anderen Weise konterrevolutionär«. Differenzen innerhalb dieser Rechten hält er für Folgen »historischer Improvisationen«, welche er mit originellen Exkursen zu Thomas Hobbes, Edmund Burke, Friedrich Nietzsche, Ayn Rand und Friedrich von Hayek zu belegen sucht.

Robin stellt auch die Frage, wie die unwahrscheinliche Allianz der Trump-Wähler zustande gekommen ist, die drei Gruppen zusammenschmiedet hat: »Libertäre, für die der Arbeitgeber ungehindert durch staatliche Regulierungen der Boss in seinem Unternehmen zu sein hat, Traditionalisten, bei denen der Vater Herr im Hause bleiben soll, und der sogenannte einfache Mann aus dem Volk, der von einem Präsidenten als Held und Supermann träumt, welcher der Welt seinen Stempel aufdrückt«. Weniger begründet als mit Verve vorgetragen hingegen ist seine Antwort, dass Trumps Erfolg auf einer von der Elite gesteuerten Bewegung der Massen beruht.

Zweierlei Edmund Burke

Diese rein ideengeschichtliche Konservatismus-Analyse hat allerdings Schwierigkeiten, historische Entwicklungszusammenhänge zu erfassen. Sie scheidet schon an Edmund Burke, wie bei Robin zu sehen. Burke ist mit seiner epochalen Kritik an der Französischen Revolution sicher einer der Grundleger des Konservatismus, da aus dessen Werk

die Grundthemen des Konservatismus herausgefiltert werden können. Burke ist aber genauso ein Kritiker der Machtansprüche der Ostindien-Kompanie, den Amerikanern sowie Indern in den englischen Kolonien spricht er das Recht auf bewaffneten Widerstand gegen die englische Willkürherrschaft zu, wie zuletzt etwa Richard Bourke, Harald Bluhm oder Dirk Jörke herausgearbeitet haben. Die Frage ist also, warum Burke diese Reformen und Aufstände verteidigt, aber entsetzt auf die Geschehnisse in Paris 1789 reagiert – und welche politischen Kriterien in der Unterscheidung gelten. Nun, nicht jedes Buch muss alles leisten, aber diese Frage stellt Robin nicht. Mark Lilla hat Robin in *The New York Review of Books* vorgeworfen, historische Wandlungen des Konservatismus zu verzerren.

Schon in Lampedusa Bonmot wird ein konstitutives Dilemma des Konservatismus deutlich, das Robin auch da entgeht, wo er ihn zu seinem Gewährsmann macht. Der Konservatismus kann bestimmte Ordnungen verteidigen (den Status quo als Status quo) und ist insofern substantiell-inhaltlich bestimmt. Der Konservatismus kann aber auch versuchen, die Art und Weise des Wandels von Ordnungen mit Anpassungen und Kompromissen zu gestalten und ist insofern prozedural bestimmt. Beide Konservatismen bedingen einander gegenseitig. Der substantiell-inhaltliche benötigt auch Vorstellungen davon, wie die Welt der Zukunft aussehen soll. Der prozedurale benötigt auch Vorstellungen der richtigen Ordnung, die gegen die falsche verteidigt werden soll, also auch ein Feindbild. Prozedurales Handeln allein ist aber noch keine Politik, wie schon Edmund Burke bemerkte. Die Protagonisten benötigen eine Aura des Überden-Dingen-Stehens, des Erhabenen, das sie trotz einer kleinteiligen Politik hegemoniefähig bleiben lässt.

Auf Sicht fahren

Trumps Satz, er ziehe »es vor, jeden Morgen aufs neue abzuwarten, wie sich die Dinge entwickeln«, kann als Zeichen der substantiell-inhaltlichen Schwäche

des Konservatismus verstanden werden, wie Robin analysiert. Es ist aber eben die auffallende Stärke eines prozeduralen Konservatismus. Diesen Konservatismus sieht Biebricher jetzt aber auch erschöpft. Seinen bundesdeutschen Protagonisten fehlt die mitreißende oder zumindest Vertrauen bildende Strahlkraft, was in Zeiten verstärkter gesellschaftlicher Umbrüche und Verunsicherungen noch erforderlicher wäre als etwa in der Zeit des »Wirtschaftswunders«. Die letzten beiden langen konservativen Regierungsperioden kennzeichnete am Ende auch, dass die verblassenden Kanzler Platz machten für andere Heilsbringer, die als Projektionsflächen dienten, zuletzt etwa Friedrich Merz. Nicht zuletzt gehen den Konservativen nach ihren linken Gegnern im Kalten Krieg ihre zivilgesellschaftlichen Verbündeten verloren: Übt früher insbesondere die katholische Kirche in vielen gesellschaftspolitischen Fragen Druck auf die CDU aus, so rügt heute Jens Spahn die Kirchen, weil sie in der Debatte um den Paragraphen 219 a StGB eindeutige Stellungnahmen vermissen lassen.

Preis der Anpassung

Biebrichers Stärke besteht darin, dass er beide Konservatismen im Blick hat. Er verschränkt eine genauso knappe wie brillante Anatomie konservativen und neokonservativen Denkens mit den konservativen Debatten in Politik, Medien und Kultur seit der »geistig-moralischen Wende« Kohls. Seine beiden tragenden Thesen sind, dass der Konservatismus nicht erst seit Angela Merkels Kanzlerschaft inhaltlich entkernt wurde, wie es ihr Kritiker bis hin zur »neuen Rechten« vorwerfen. Diese Kritik existiert wenig variiert bereits seit den 1980er Jahren. Die substantiell-inhaltliche Erschöpfung des Konservatismus wurde von verstärkten Anstrengungen zur Erweiterung seiner prozeduralen Möglichkeiten ergänzt, die allerdings auch an ihre Grenzen gekommen scheinen.

Anfangs etwa konnte die Atomkraftgläubigkeit der Unionsparteien trefend als ein Bruch mit den normativen Naturvorstellungen des romantischen

Konservatismus kritisiert werden. Der Atomausstieg wiederum wurde von anderen Konservativen als ein Bruch mit der Anpassung an den technischen Fortschritt kritisiert. Der Konservatismus kann sich nicht nur darauf beschränken, Bestehendes zu verteidigen, wie er nach dem Wortsinn conservare zu verstehen ist. In dem Versuch, mehr als das Bestehende zu verteidigen, schafft er unentwegt Neues. Damit verliert er eine wesentliche Stärke: Der Verweis auf das »immer schon Bestehende« und die »universelle Ordnung« ist eingängig und durchaus hegemoniefähig. Er ist auch unkomplizierter als elaborierte Theorien des Sozialismus, Liberalismus oder Anarchismus – zumal in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, in der viele nur Unkompliziertes aufnehmen können. Aber diese ständigen Neuerfindungen des Konservatismus werden zu ausgesprochen schmerzhaften und identitätsgefährdenden Anpassungsleistungen, wenn das einst Verteufelte auf einmal zur neuen Geschäftsgrundlage erklärt und diese dann wieder über den Haufen geworfen wird.

Der Konservatismus ist erschöpft. Versuche, den Herausforderungen von rechts mit vermeintlich klarer Kante entgegenzutreten, lassen ihn aber »Maß und Mitte« verlieren, wie bei der CSU in den letzten Jahren nachzuverfolgen war. Droht ihm der Machtverlust in großem Stil, könnte er nach ganz rechts abdriften, kollabieren und mit dem Konservatismus auch die bürgerliche Demokratie der Nachkriegszeit zu Ende gehen.

■ Corey Robin: *Der reaktionäre Geist. Von den Anfängen bis Donald Trump*. Ch. Links, Berlin 2018, 344 Seiten, 25 Euro

■ Thomas Biebricher: *Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*. Matthes & Seitz, Berlin 2018, 320 Seiten, 28 Euro

Weiterlesen auf jungewelt.de

Der rechte Rand
Alte Wurzeln,
heutige Strategien
jungewelt.de/rechterrund

Neu erschienen Position

Im Magazin der SDAJ schreibt ein junger Genosse über seine Arbeit in einer Kinderkrippe: »Die allmorgendlichen Team-sitzungen nutzte die Chefin vor allem, um dem Team mit Kündigung oder dem Betriebsrat zu drohen. Es ist ziemlich absurd, wenn ein Betriebsrat so windelweich ist, dass er als Drohmittel gegen die Beschäftigten benutzt werden kann.« Eine Jugendvertreterin in der gewerkschaftlichen Kommission, die mit dem Unternehmerverband der Wach- und Sicherheitsbranche über neue Arbeitsbedingungen verhandelt, hält dessen Taktik für lehrreich: »Nun endlich haben auch die letzten von uns verstanden, dass wir mächtig verarscht werden.« Janek Pessel, Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der DB Netz AG, schildert die Situation bei der Bahn. Ein jahrelanger Ausbildungsstopp habe zu einer »desolaten Personalsituation« geführt: »In der Instandhaltung der Züge und Infrastruktur sowie im Fahrbetrieb fehlen Tausende Arbeitsplätze. Zugausfälle und Verspätungen sind damit vorprogrammiert.« (jW)

■ *Position. Magazin der SDAJ*, Heft 5/2018, 43 Seiten, 1,70 Euro, Bezug: Verein Position e.V., Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, E-Mail: position@sda-j-netz.de

Sozialismus

Hartmut Meine weist die Gewerkschaften darauf hin, dass Friedrich Merz nur 19 Stimmen fehlten, um CDU-Vorsitzender zu werden. Das sei kein Grund zur »Entwarnung«. Die neue Parteivorsitzende Kramp-Karrenbauer werde dem »Wirtschaftsflügel« erhebliche Zugeständnisse machen müssen. Und der sowie Merz stünden eben nicht nur für die »Steuererklärung auf einem Bierdeckel«: Es werde in der politischen Berichterstattung kaum thematisiert, dass Merz durch »massive Angriffe gegen die Gewerkschaften, die Flächentarifverträge, die Mitbestimmung und den Sozialstaat« auffällig geworden sei. Christoph Butterwege hat sich die neuesten sozialdemokratischen und bündnisgrünen Ideen für eine »Reform« von Hartz IV angesehen. Das Konzept des Grünen-Parteivorsitzenden Robert Habeck problematisiere den »materiellen Kern von Hartz IV« noch weniger als die SPD-Vorsitzende Nahles. Die Begründung, Hartz IV sei nicht mehr »zeitgemäß«, nehme nicht zur Kenntnis, dass »diese Politik schon damals grundfalsch war«. Thomas Jaitner schreibt über das »Auftauchen« der neofaschistischen Partei Vox bei den Regionalwahlen in Andalusien. Die Partei sei »offen neoliberal« und verbinde Xenophobie und Islamfeindlichkeit mit »traditionelleren Themen der spanischen Rechten«. (jW)

■ *Sozialismus*, Nr. 1/2019, 69 Seiten, sieben Euro, Bezug: Sost e.V. (Redaktion Sozialismus), St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, E-Mail: abo@sozialismus.de